

Arbeitsmarktsituation und Sozialpolitik in der Tschechischen Republik

The Contemporary Social Policy in the Czech Republic in the Context of Labor Market

Ivana FALTOVÁ LEITMANOVÁ

Zusammenfassung

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellt ein effizientes Konzept der Armutsbekämpfung dar. Arbeitslose sind nicht nur von Armut, sondern auch von Ausgrenzung bedroht. Gefährdet sind ferner die weniger gebildeten Leute mit niedrigem Einkommen oder schlechtem Gesundheitszustand, Wohnen, usw. Deshalb empfehlen sich nicht nur Instrumente und Maßnahmen im Rahmen der Sozialpolitik, sondern auch der Einsatz der Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik, der Wohnungspolitik, der Gesundheitspolitik und der Familienpolitik.

Schlagworte: Arbeitsmarkt, Armut, Ausgliederung, Sozialpolitik.

Summary

The struggle against the unemployment can be considered as the most effective way to reduce poverty. A person without a job is endangered not only by poverty itself, but also by exclusion. Not only those people with lack of money are threatened, but also those, having insufficient education, low incomes, health difficulties, habitation difficulties etc. Therefore, it is convenient to use implements and measures not only within the labor market policy, but also within the social policy, education policy, housing policy, health policy and family policy.

Keywords: Labor Market, Poverty, Exclusion, Social policy.

1. Problemstellung

Eine der aktuellsten Aufgaben der gegenwärtigen Gesellschaft stellt die Armutsbekämpfung dar, weil noch immer ein gewisser Teil der Bevölkerung von Armut bedroht ist. Dies bedeutet, dass nicht alle ihre Grundbedürfnisse (nicht nur materielle) befriedigt sind. Damit entsteht einerseits zumindest Unzufriedenheit und andererseits die Gefahr der Ausgrenzung

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellt eines der effizientesten Konzepte der Armutsbekämpfung dar. Wer keine Arbeit hat, leidet häufiger unter Geldmangel, ähnlich wie jene, die unzulänglich ausgebildet sind, deren Gesundheitszustand schlecht ist oder die in ungünstigen Wohnverhältnissen leben.

Die Lösung dieser Situation impliziert weitreichende volkswirtschaftliche Konsequenzen, welche es zu beachten gilt. Eine Hauptursache der Probleme im ökonomischen, und folglich auch im sozialen Bereich dürfte die niedrige Wirtschaftsleistung und der Druck zu schnellerem Lohn als Arbeitsproduktivitätswachstum sein. Überproportionale Lohnsteigerungen führen zu Preissteigerungen, teure Produktion beschränkt die Nachfrage, niedrige Verkäufe beeinflussen die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit.

Das Ziel dieses Artikels ist, nicht erschöpfend die Armut zu definieren, aber wenigstens einige Zusammenhänge vor allem mit der Arbeitslosigkeit zu zeigen und zu diskutieren. Solches Vorgehen hat zumindest zwei Gründe. Zunächst existiert keine universale Definition der Armut. Zur Verfügung stehen nur mehr oder weniger politische Konstruktionen, die sich bemühen, die Armut politisch günstig abzugrenzen. Zum Zweiten sind trotzdem in der Tschechischen Republik ein paar nicht nur objektive sondern auch subjektive Kriterien der Armut gebräuchlich. Es gibt die gesetzlich definierte Armut (ihr zufolge gelten als Arme diejenigen Personen bzw. Haushalte, die unter der gesetzlichen Armutsgrenze leben), die nach der EU-Methodik bestimmte Armut (wonach Haushalte arm sind deren Einkommen weniger als die Hälfte der Durchschnittseinkommen ausmacht), die subjektive Grenze der Armut (die sich an Aussagen der Haushalte über der Höhe des Einkommens, das zur Bedarfsdeckung nötig ist) und das individuelle

Armutsgefühl (die Haushalte, die einfach das Gefühl haben, dass sie arm sind).

2. Material und Methode

Die Daten, die für den Artikel zur Verfügung stehen, stammen vor allem aus offiziellen periodischen und nichtperiodischen statistischen Erhebungen des Tschechischen Statistischen Amtes (www.czso.cz), aus Erhebungen einer Meinungsforschungsagentur (HUK, 2001), Untersuchungen der Forschungsanstalt für Arbeit und soziale Angelegenheit (MAREŠ-VYHLÍDAL-SIROVÁTKA, 2002, TRBOLA-SIROVÁTKA, 2002) und anderer Institutionen (VEČERNÍK, 2001). Informationen des Ministeriums für Arbeit (www.mpsv.cz) ergänzen diese empirischen Unterlagen.

Aufbauend auf theoretische Zusammenhänge zwischen Armut, Sozialpolitik und Arbeitsmarkt (BRDEK-JÍROVÁ, 1998, LEA-TARPY-WEBLEY, 1994, LEITMANOVÁ, 1999) wurde die aktuelle Beschäftigungssituation und die Arbeitslosigkeit festgestellt. Im weiteren wurden mögliche Perspektiven zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit beurteilt.

3. Ergebnisse

Etwa drei Viertel der befragten Tschechen meint, dass Lebenserfolg mit (bezahlter) Arbeit verbunden ist.

Im Jahr 2001 gab es insgesamt 4,75 Millionen Beschäftigte (www.czso.cz), davon 2,08 Millionen Männer und 2,06 Millionen Frauen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Gesamtzahl der Beschäftigten höher um 186.000 Personen. Dabei ist die Anzahl jener in befristeten Arbeitsverhältnissen um 99.000 gesunken. Die Erwerbsquote erreichte in diesem Jahr 60,0 % (nach EU-Methodik 71,1 %). Sie ist infolge Überalterung der Bevölkerung kontinuierlich zurückgegangen. Die höchste Erwerbsquote ergibt sich in der Altersgruppe der 30-44-jährigen Männer bzw. Frauen (in dieser Gruppe sind nicht erwerbstätig nur 3,0 % der Männer und 14,9 % Frauen). Die Beschäftigungsquote ist während der Transformation zurückgegangen. Zu diesem Rückgang trug die

Verlängerung der Pflichtgrundausbildung bei, welche den Berufseinstieg verzögert.

Der Rückgang der Beschäftigung im I. Sektor und der Zuwachs im II. und III. Sektor haben sich fortgesetzt, (im Jahr 2001 lagen die Werte bei 4,8%, 40% und 55,2%). Der Anteil des tertiären Sektors blieb im Vergleich zu EU-Ländern zurück.

Teilzeitverträge haben 4,8% aller Beschäftigten. Mehr als drei Viertel dieser Verträge betreffen Frauen.

Im Jahr 2001 betrug der Durchschnittslohn 14.642 CZK, wobei in Firmen mit weniger als 20 Arbeitnehmern nur 10.687 CZK erreichte. Immer größere Unterschiede entstehen zwischen Zweigen und Regionen und nach einer Schätzung ist der für Frauen um ein Drittel niedriger als der Männer.

Gut bezahlte Arbeit bringt einerseits ein günstiges Arbeitseinkommen, andererseits setzt sie ein gutes Qualifikationsniveau voraus. Das Wachstum der Arbeitseinkommen vermindert die Anzahl der Empfänger von Sozialleistungen, bzw. Sozialbeiträgen. Dabei ermöglicht der Motivationskomponente der Löhne dem Arbeitnehmer sein Einkommen wesentlich zu erhöhen. Eine gute Entlohnung ist mit einer hohen Arbeitsleistung verknüpft und mit einer Bereitwilligkeit, neue Kenntnisse und Fähigkeiten zu gewinnen (LEA ET AL., 1994, 238). Dazu ist die passende Qualifikation ein Ausgangspunkt. In der Zukunft bringt sie der hochqualifizierten Arbeitskraft ein vier oder fünfmal höheres Einkommen. Die Bildung der Jugend muss forciert werden, ältere und wenig qualifizierte Arbeitskräfte müssen an Maßnahmen des lebenslangen Lernens teilnehmen.

Die Bildungssituation stellt sich gemäß Volkszählung (www.czso.cz) 2001 wie folgt dar: 23% der Bevölkerung über 15 Jahren verfügen nur über einen Grundschulabschluß und 8,9% über eine Hochschul- und Universitätsausbildung der Rest hat einen Sekundarabschluß. Einen höheren Bildungsstand der Bevölkerung zu erreichen, bedeutet, verschiedene Bildungsformen und Bildungsprogramme anzubieten. Formales und informelles Lernen müsse ein dauernder Bestandteil des Lebens werden. Derzeit gewinnen Fort-, Weiterbildungs- und verschiedenste Schulungsmaßnahmen in den Unternehmen an Bedeu-

tung. Nach Arbeitskostenanalysen entfielen im Jahr 2000 auf solche Aktivitäten 1,24% der gesamten Personalkosten.

Eines der effizienten Instrumente, mit vorbeugendem Effekt in der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, ist das lebenslange Lernen. So ist Bildung sehr eng mit der Arbeitsmarktpolitik verknüpft, weil man eine höhere Beschäftigung erreichen kann, wenn hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Problematisch erscheint, dass Anteil an Kindern, die eine niedrigere Ausbildung als ihre Eltern haben gewachsen ist, was hoffentlich diese nur ein vorübergehendes Phänomen darstellt.

Die Zahl der Arbeitslosen (www.mpsv.cz) sank im Jahr 2001, aber im Jahr 2002 erhöhte sich deren Zahl die Arbeitslosenquote. Derzeit sind in der Tschechischen Republik mehr als 450.000 Personen ohne Arbeit (davon ein Drittel länger als zwölf Monate.)

Sehr ungünstig ist Situation für besonders gefährdete Gruppen: behinderte Personen, Personen über 50 Jahre und Eltern mit Kleinkindern (LEITMANOVÁ, 1999, 127). Trotzdem gibt es auch ein positives Ergebnis: Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen nahm leicht ab, ihr Anteil erreicht 37,1%. Dagegen steigt die durchschnittliche Vermittlungsdauer, lag sie im Jahr 1998 bei 9,5 Monaten, im Jahr 2001 betrug sie 15,3 Monate.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit hängt mit der Ausbildung zusammen. Der Anteil länger als 12 Monate Arbeitslosen, lag bei Personen mit Grund- oder Sekundarschulabschluss bei 68,1%, bei Leuten mit höherer Ausbildung bei 44,6% und bei Hochschulabsolventen bei 14,3%. Altersmäßig haben jüngere Menschen (unter 25 Jahren) die größten Probleme.

Es gilt zu beachten, dass diese Arbeitslosenzahlen etwa um 50.000 höher lägen, wenn es keine Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestandes gäbe. Zum anderen üben manche eine nicht angemeldete Erwerbstätigkeit aus. Zu ihnen gehören nicht nur Arbeitslose, sondern auch Einwanderer, Studenten und bisweilen gerade Frühpensionisten.

Es treten auch große regionale Unterschiede auf: die Arbeitslosenquote für die Tschechische Republik Ende 2001 betrug 8,9%, in 17 Bezirken aber überstieg sie 12%. Trotz der hohen Arbeitslosenzahl existiert andererseits eine nicht unwesentliche Zahl freier Arbeitsplätze, die nicht

nur für hoch-, sondern auch für gering qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Zur Lösung dieser Situation trägt die Arbeitsmarktpolitik bei, die im Jahr 2000 mehr als 9 Milliarden CZK (www.mpsv.cz) aufgewendet wurden, wobei ein Drittel auf die aktive und zwei Drittel auf die passive Arbeitsmarktpolitik entfallen.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik setzt verschiedene Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Schulung und Weiterbildung sowie Erneuerung zur Beschäftigung gefährdeter Gruppen usw. Eine passive Arbeitsmarktpolitik ist auf monetäre Zuwendungen an Arbeitslose gerichtet. Die Höhe des Arbeitslosengelds reduzierte sich von 60-90% des letzten Nettolohnes im Jahr 1990 auf 40-60% im Jahr 2002. Zugleich wurde auch der Zeitraum für die Gewährung des Arbeitslosengeldes von 12 auf 6 Monate verkürzt.

Einer Untersuchung zufolge (MAREŠ ET AL., 2002, 26) sind der soziale Abstieg vorher durch Arbeitslosigkeit nicht sehr bedeutend. Etwa eine Hälfte der Arbeitslosen (ohne Unterschied, ob sie schon einmal arbeitslos waren) gab an, dass sie der Verlust des Arbeitsplatzes nur sehr wenig berührt hat. Akademiker erweisen sich als widerstandsfähiger (üblicherweise geht es um die erste Arbeitslosigkeit, sie verfügen über bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und größeres Selbstvertrauen). Mit dem Alter nimmt der Anteil derjenigen zu, die der Arbeitsplatzverlust traumatisiert, (30% der Personen zwischen 20-35 Jahre gegenüber 70% bei den über 50jährigen).

Manche Stellensuchende haben kein tatsächliches Interesse zu arbeiten. Wenn sie Sozialleistungen, bzw. Sozialbeiträge beziehen wollen, müssen sie in einer Arbeitsamtsevidenz aufscheinen. Wer lange Zeit ohne Arbeit ist, ist besonders von einer Ausgliederung bedroht. Langzeitarbeitslose erhalten kein Arbeitslosengeld mehr.

Bedroht sind nicht nur jene, die unter Geldmangel leiden, sondern auch die, mit unzulänglicher Bildung, niedrigem Einkommen, schlechtem Gesundheitszustand, ungünstiger Wohnsituation, usw. Eine wirksame Sozialpolitik soll dagegen passiven Schutz bieten und auch als aktiver Ansporn wirken. (BRDEK UND JÍROVÁ, 1998, 287).

Falls eine Familie weniger Einkommen als deren Existenzminimum bezieht oder unter einer gewissen genau bestimmten Grenze ent-

spricht, bekommt sie verschiedene soziale Transferzahlungen und Sozialleistungen (siehe Tabelle 1). Das gilt auch für Familien, die nicht durch Arbeitslosigkeit bedroht sind, und dennoch unterste Einkommensgrenze bleiben.

Tab. 1: Empfänger von Sozialbeiträge in der Tschechischen Republik, im Jahr 2000

	Anzahl der - Empfänger	Durchschnittliche Höhe (CZK)
Kindergeld	2078431	514
Soziale Unterstützung	534055	1088
Verkehrszuzahlung	455487	258
Wohnbeihilfen	375428	667
Mietezuzahlung	91958	59
Elternzuzahlung	263936	2411
Versorgungsbeiträge	937	1271
Insgesamt	3825554	725

Quelle: www.czso.cz, www.mpsv.cz

Das Sozialsystem in der Tschechischen Republik beruht auf drei Säulen: Sozialversicherung, staatlicher Sozialunterstützung und Sozialhilfe. Die Sozialversicherung deckt sgn. standardisierte Risiken ab: Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit. Sie funktioniert nach dem Versicherungsprinzip, was bedeutet, dass man sich mehr oder weniger freiwillig bzw. verpflichtend auf Situationen, die mit dem Ausfall vor allem des Arbeitseinkommens verknüpft sind, vorbereiten kann. Jedoch, funktioniert die Sozialversicherung nur teilweise nach Marktprinzipien, und andernteils nach dem Solidaritätsprinzip, zumindest aus dem Blickwinkel von Versicherten mit überdurchschnittlichem Einkommen, (etwa ein Drittel der Arbeitnehmer). Für die Berechnung der Leistungen gilt nämlich eine obere Einkommensgrenze, für die Zahlung der Versicherungsbeiträge existiert keine solche Obergrenze. Der umfassende Bestandteil dieser Säule ist die Rentenversicherung.

Fast ausschließlich auf dem Solidaritätsprinzip beruht die staatliche soziale Unterstützung. Angeblich kommt das Solidaritätsprinzip (fraglich ob tatsächlich) in der tschechischen Gesellschaft immer mehr zum Tragen.

Die Zahl der Menschen in sozialer Not hat zugenommen, trotzdem nahmen die ausbezahlten Beiträge im Jahr 2001 ein wenig ab.

Nach den Daten des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten (www.mpsv.cz) ist die Kategorie der Sozialbedürftigten um mehr als ein Drittel erhöht. Die Zahl der armen Familien in der Tschechischen Republik schätzt sich zwischen 3-5%. Das bedeutet, dass etwa 114000-190000 Familien unter dem Existenzminimum leben.

Eine Analyse (TRBOLA UND SIROVÁTKA, 2002, 29) der Empfänger von Beiträgen im Rahmen staatlicher sozialer Unterstützungen zeigt, dass in diese Gruppe zwei Drittel der Familien ohne Kinder und ein Fünftel der Familien gehören. Etwa die Hälfte der Leistungsempfänger ist jünger als 35 Jahre. In 87% der Fälle leben Arbeitslose in der Familie. Trotzdem befinden sich unter den Leistungsempfängern etwa 6% der Arbeitskräfte. Dabei gibt es eine sehr enge Korrelation mit der Arbeitslosenrate der Region.

Ein sehr unterschiedliches Bild liefert die Betrachtung der Einkommen pro Person. Das monatliche pro Kopf-Durchschnittseinkommen (www.mpsv.cz) beläuft sich in Haushalten von Arbeitnehmern auf 7.801 CZK, bei Landwirten auf 6.635 CZK, bei Selbstständigen auf 7.693 CZK, bei Rentnern 6.772 CZK und in Haushalten mit Kindern und Minimaleinkommen auf 3.405 CZK.

In einer noch schlimmeren Situation als Arbeitslose steht ein bedeutender Teil der Familien mit 3 und mehr Kindern bis 18 Jahren (VEČERNÍK, 2001, 8). Der Lebensstandard eines Haushaltes mit Kindern bewegt sich auf dem Niveau des 1,1fachen usw. eines Arbeitslosenhaushaltes beim 1,3fachen des Existenzminimums. Dabei leben etwa 37% Familien mit Kindern unter dem Existenzminimum. Andererseits ist der Anteil an Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen allmählich der zurückgegangen, die Zahl der Bedürftigen, die ihre Bedürfnisse ohne Sozialunterstützung kaum decken können, hat hingegen zugenommen.

Nach einer Erhebung der Agentur STEM (HUK, 2001, 20) können wir auf die Frage antworten, ob die Anzahl der Armen zunimmt. Als der Ausgangspunkt dienen die Antworten auf folgende Fragen: Wie gehen Haushalte mit dem Einkommen aus?, Wie hoch ist das gesamte monatliche Nettoeinkommen? Fühlen Sie subjektiv, dass ihr Haushalt arm

ist? und Hat ihr Haushalt genug Geld für elementare Bedürfnisse zur Verfügung? Die Antworten zeigen, dass sich die Situation der tschechischen Familien in den letzten Jahren kaum verändert. Der Anteil der Familien, deren Mitglieder angewiesen sind und die arm oder eher arm sind, bewegt sich um 40%. Bis zum Jahr 1995 nahm der Anteil dieser Familien ab, im Jahr 1997 nahm zu und seitdem schwankt nur mäßig.

4. Diskussion und Schlussfolgerungen

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sollte ihre Mitglieder dazu motivieren, aus eigenem Antrieb das Leben zu verbessern. Wenn dies aus verschiedensten, vor allem familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, soll die Gesellschaft helfen. Dazu eignen sich Instrumente und Maßnahmen im Rahmen z.B. der Bildungs-, Wohnungs-, Verkehrs-, Arbeitsmarkt, Gesundheits-, Familien- und der Sozialpolitik. Spezifische Lebensbedingungen haben die Einwohner im ländlichen Raum. In Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern ist die Anzahl der Personen, die unter dem Existenzminimum leben, doppelt so hoch wie im Durchschnitt der ganzen Tschechischen Republik, wobei in der Tschechischen Republik fast drei Viertel der Bevölkerung gerade in diesen Gebieten leben.

Allgemeine kann man sagen, dass derzeit um die Lösung vor allem der relativen Armut sich handelt, zumindest deswegen, weil der Lebensstandard der Familie nicht nur von ihrem Lohn oder Gehalt bestimmt wird. Sie kann ein niedriges Arbeitseinkommen durch andere Einkünfte kompensieren und ergänzen. Das Gesamteinkommen eines Haushaltes umfasst die Einkünfte aus unselbständiger und selbstständiger Arbeit, das Einkommen aus dem Vermögen und Transferseinkommen aus den Umverteilungsprozessen.

Nicht nur deswegen ist die Polarisierung der Gesellschaft deutlich und die Unterschiede werden immer markanter sein. Die Anforderungen an die Umverteilung werden dann auch dringender sein. Es gilt, dass im Land mit einem niedrigeren Durchschnittseinkommen größere Einkommensungleichheiten existieren. Aber Umverteilungsprozesse brauchen erstens politische Wille und soziales Zusammenhalt, zweitens eine zunehmende Arbeitsproduktivität, eine bessere Teilnahme

am Außenhandel, intensivere Zugänge der ausländischen Investoren und günstige Unternehmensumfeld.

Literatur

- BRDEK, J. und JÍROVÁ, H. (1998): Sociální politika v zemích EU a CR. Praha: Codex Bohemia.
- HUK, J. (2001): Chudoba v zrcadle názoru občanů. Sociální politika, 27, 3, S. 19-20.
- LEA, S.E.G., TARPY, R.M. und WEBLEY, P. (1994): Psychologie ekonomického chování. Praha: Grada.
- LEITMANOVÁ, I. (1999): Trh práce zemí EU a CR: stav a vývoj. České Budějovice: Datapartner.
- MAREŠ, P., VYHLÍDAL, J. und SIROVÁTKA, T. (2002): Nezamestnaní na trhu práce (dopady nezaměstnanosti, hledání zaměstnání, faktory marginalizace a úspěchu na trhu práce). Brno: VÚPSV.
- TRBOLA, R. und SIROVÁTKA, T. (2002): Příjemci dávek sociální péče z titulu sociální potřeby: jejich počty, struktura, příjmy (evidence z dat sociálních referátů). Brno: VÚPSV.
- VECERNÍK, J.: Chudoba u nás a ve světě. Sociální politika, 27, 4, S. 7-9.
www.czso.cz www.mpsv.cz

Anschrift des Verfassers:

Doz. Ing. Ivana Faltová Leitmanová, CSc.
Lehrstuhl der Ökonomik, Südböhmische Universität in České Budějovice
370 05 České Budějovice, Studentská 13, Tschechische Republik
tel. 00 420 38 777 2501
e-mail: leitman@zf.jcu.cz